A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 28 — Donnerstag, den 5. März 1931. — 44. Jahrgang

Noch keine Klärung

Verhandlungen mit den Sozialdemokraten gehen weiter

Berlin, 4. März.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Dienstagabend eine Sitzung ab, in der Dr. Breitscheid über die Verhandlungen der Parteiführer mit Reichskanzler Dr. Brüning berichtete. Die Fraktion ermächtigte ihre Beauftragten, die Verhandlungen fortzusetzen, die noch einige Tage in Anspruch nehmen dürften.

Im Reichstag gingen gestern die Verhandlungen über die seit vorgestern etwas zugespitzte parlamentarische Lage weiter. Dabei drehte es sich allerdings nicht um den Gefrierfleischantrag, dem man eigentlich in politischen Kreisen keine außergewöhnliche Bedeutung beimißt, da die 50 000 Tonnen nur etwa ein Prozent des Gesamtkonsums ausmachen.

Der Kernpunkt der Meinungsverschiedenheit zwischen Sozialdemokraten und Reichsregierung ist weiter das umstrittene Panzerschiff B. Der Reichskanzler hat gestern abend erneut mit den sozialdemokratischen Führern verhandelt. Er hatte außerdem eine Aussprache mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun und schließlich hat auch noch eine mehr private Fühlungnahme zwischen einzelnen Persönlichkeiten des Zentrums und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattgefunden.

Bisher ist es bei allen diesen Besprechungen aber noch nicht gelungen, zu einer Verständigung zu gelangen. Die Sozialdemokraten lehnen die Rate für das Panzerschiff B zwar nicht mehr unumwunden ab, da der Kanzler ihnen erklärt hat, daß er unter keinen Umständen darauf verzichten könne, weil sogar schon das Kabinett Müller vor einem Jahr beschlossen habe, daß die Rate in den Etat für 1931 eingesetzt werden solle. Die Stellung des Reichswehrministers würde von der Nichteinlösung dieses Versprechens nicht unberührt bleiben können und das Kabinett müsse deshalb an seinem Standpunkt festhalten.

Die Gegenforderungen, die die Sozialdemokraten darauf gestellt haben, sehen im Augenblick aber noch so aus, daß das Kabinett außerstande ist, sie zu akzeptieren. Sie beziehen sich auf Steuerzuschläge für größere Einkommen und Vermögen entsprechend den sozialdemokratischen Ausschußanträgen, ferner auf die Einstellung der Lohnabbaupolitik und drittens auf eine Erklärung, daß an dem gegenwärtigen Stand des Sozialversicherungswesens — also auch der Arbeitslosenversicherung — unter keinen Umständen etwas geändert wird. Solche Erklärung glaubt der Reichskanzler aber schon aus rein psychologischen Gründen, die mit der Wiederingangsetzung der Wirtschaft zusammenhängen, nicht abgeben zu können.

Curtius' Ankunft in Wien.

Wien, 4. März.

Reichsaußenminister Dr. Curtius traf in Begleitung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Dr. Pünder und der übrigen Herren der reichsdeutschen Abordnung zu einem dreitägigen Besuch in Wien ein. Der österreichische Legationsrat Seemann, der den reichsdeutschen Gästen während des Besuches zugeteilt ist, war ihnen bis an die Grenze entgegengefahren. Mit demselben Zuge kam auch der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, an.

Zur Begrüßung auf dem Westbahnhof hatten sich Vizekanzler und Außenminister Dr. Schober und eine Menge hoher Staatsfunktionäre eingefunden. Ferner waren zum Empfang der deutsche Gesandte in Wien, Graf Lerchenfeld, und der Gesandtschaftsrat Dr. Schellhorn erschienen. Auch der gegenwärtig in Wien weilende finnische Gesandte in Berlin, Wuolijzki, hatte sich auf dem Bahnhof eingefunden.

Als Dr. Curtius und Staatssekretär Pünder den Wagen verließen, begrüßte sie Vizekanzler Schober für die Bundesregierung aufs herzlichste.

Um 11 Uhr wurde dem Reichsaußenminister und Staatssekretär Pünder das Personal der deutschen Gesandtschaft in der Gesandtschaft vorgestellt. Um 11.30 Uhr statteten beide deutsche Staatsmänner dem Bundeskanzler Dr. Ender einen Besuch ab, an den sich ein Besuch beim Vizekanzler und Außenminister Dr. Schober anschloß. Schon bei diesem Besuch fanden politische Besprechungen statt. Um 13.15 Uhr gab der Bundespräsident den reichsdeutschen Gästen einen Empfang und ein Frühstück.

Willkommensgruß der Wiener Blätter.

Die meisten Morgenblätter enthalten Begrüßungsartikel für den Reichsaußenminister Dr. Curtius. Sie betonen, daß die Wiener Bevölkerung den Außenminister des Reiches empfange, wie man ein liebes Familienmitglied bewillkomme.

In den reichsdeutschen Staatsmännern begrüße Wien und Oesterreich vor allem nicht die Vertreter eines ausmärtigen Staates, sondern die Volksgenossen. Mit Curtius betrete der Abgesandte eines Brudervolkes Wiener Boden. Gemeinsam erlebtes und erlittenes Schicksal, gemeinsame Sorge der Gegenwart und gemeinsame Hoffnungen einer hoffentlich nicht allzu fernen Zukunft verbänden Oesterreich untrennbar mit der großen deutschen Republik, als deren Vertreter Curtius nach Wien komme.

Die „Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung" hebt vor allem hervor, daß die schweren Versäumnisse der letzten Jahre auf dem Gebiete der österreichisch-deutschen Handelspolitik wiedergutgemacht werden müßten. Diesem Zweck müsse vor allem der Besuch des Außenministers in Wien dienen.

Wirtschaftspolitische Hoffnungen.

So reibungslos und aussichtsreich die Bemühungen um eine Angleichung der Verhältnisse auf juristischem Gebiet zwischen Deutschland und Oesterreich in Gang gesetzt und weit gefördert werden konnten, so schwierig ist es bei allem guten beiderseitigem Willen, eine solche Angleichung auch auf wirtschaftlichem Gebiet in die Wege zu leiten und praktisch auszugestalten.

Es ist deshalb verständlich, daß sich mit der Reise des Reichsaußenministers Dr. Curtius nach Wien der Wunsch verknüpft, daß die aus diesem Anlaß vorgesehenen Besprechungen und die Verhandlungen, die sie nach sich ziehen werden, Schwierigkeiten überwinden möchten, die sich heute aus der tatsächlichen Notlage der Wirtschaften beider Länder ergeben und immer wieder zu Reibungen und Gegensätzlichkeiten führen, die so wenig mit irgendeinem bösen Willen auf beiden Seiten zu tun haben.

Alle offiziellen Bemühungen um eine wirtschaftliche Union stoßen immer wieder auf diese Widerstände der Tagesnotwendigkeiten, und wenn es auch auf verschiedenen Gebieten der privaten Initiative der Wirtschaftsführer hüben und drüben gelungen ist, Schranken einzureißen und Ausgleiche zu schaffen, so führen diese täglichen Notwendigkeiten doch immer wieder zur Schaffung neuer Mauern und zur Gefährdung wirtschaftlicher Verbindungen.

Die unlängst verabschiedete vierte Novelle zu dem österreichischen Zolltarif hat in dieser Beziehung eine ganze Reihe von Erschwernissen und Spannungen geschaffen, und schon sind in Wien die Vorbereitungen zu einer weiteren, fünften Zolltarifnovelle im Gang, die abermals auf verschiedenen Gebieten beträchtliche Erhöhungen der Zollsätze bringen soll. Zwar werden nicht alle Wünsche, die in dieser Vorlage ihren Ausdruck finden, sich verwirklichen lassen, denn Oesterreich ist durch seine Handelsverträge vielseitig gebunden und an der willkürlichen Heraufsetzung seiner Zölle gehindert. Auf einer Reihe von Gebieten, die gerade für die deutsche Wirtschaft wichtig sind und in dem Austausch der beiden Länder eine besondere Rolle spielen, bestehen solche Hemmungen aber nicht, und so droht, um nur ein Beispiel zu nennen, für sehr wesentliche Zweige der deutschen Metallindustrie aus dieser neuen österreichischen Zolltarifnovelle eine Belastung, der man mit ernsten Bedenken entgegensieht.

Aufgabe der Wiener Verhandlungen wird es sein, zunächst hier vorzubeugen und durch deutsche Gegenangebote einen Ausgleich anzustreben, der für Oesterreich annehmbar und für Deutschland tragbar ist.

Das setzt voraus, daß gewisse deutsche Wirtschaftsgruppen im Interesse der anderen zu Konzessionen bereit sind, namentlich die Landwirtschaft und die Holzwirtschaft, aber auch die Elektroindustrie und andere große verarbeitende Industrien. Der gute Wille, daran ist kein Zweifel, besteht auf beiden Seiten, dafür bürgt schon die Schicksalsverbundenheit der beiden Völker, denen die politische Vereinigung verwehrt ist, die aber gerade deshalb mit um so größerem Nachdruck und um so stärkerer Bereitwilligkeit ihre kulturelle und wirtschaftliche Verbundenheit betätigen müssen und wollen. Deshalb ist zu wünschen, daß nach dem Beispiel der juristischen Angleichung auch die wirtschaftliche auf gedeihliche Bahnen geführt wird, die ihr Ziel in der Erreichung einer Zollunion zwischen den beiden Ländern sieht.

In Preußen:

Senkung der Hauszinssteuer.

Berlin, 3. März.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags erledigte in der Einzelberatung das Verlängerungsgesetz für die Hauszinssteuer, das vor allem einen Ausgleich bringen soll für die höheren Zinsen, die der Hausbesitzer vom 1. Januar 1932 an für Aufwertungshypotheken zu zahlen hat.

Unter Ablehnung weiterer Anträge fand Annahme die von den Regierungsparteien vorgeschlagene Regelung, wonach eine staffelweise eintretende Steuersenkung erfolgen soll, um die Mehrbelastung des Hausbesitzes auszugleichen.

Auf den Einwand, daß der Antrag der Regierungsparteien technische Schwierigkeiten verursachen werde, erklärte Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, daß es sich nicht um eine neue Veranlagung, sondern um eine rechnerische Festsetzung des Steuerbetrages handele. Da der endgültige Hauszinssteuerbetrag noch errechnet werden müsse, werde zunächst der veranlagte Hauszinssteuerbetrag entsprechend den Vorschriften der Reichsnotverordnung ab 1. April 1931 um 3 v. H. gesenkt.

Absage an Schiele.

Eine Rede Kalckreuths.

Elmshorn, 4. März.

Auf der Generalversammlung der Kreisbauernschaft Pinneberg sprach der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalckreuth, über die agrarpolitische Lage. Er führte u. a. aus: Nach Bekanntwerden der neuen Agrarpläne der Reichsregierung seien Ereignisse eingetreten, die geeignet sind, die Bedenken der Landwirtschaft über die wirksame Durchführung der beabsichtigten Agrarmaßnahmen noch zu verstärken. Das dem Reichskanzler zugeschriebene Junctim aber verschiebe diesen Zusammenhang völlig. Inzwischen sei ein amtliches Dementi erfolgt, doch sei es so allgemein gehalten, daß es als nicht ausreichend bezeichnet werden müsse. Aus der ganzen Sachlage ergebe sich auch die Stellung des Reichslandbundes zu der ihm vom Reichsernährungsminister Schiele angetragenen Vermittlungsaktion gegenüber der Deutschnationalen Volkspartei und den Nationalsozialisten.

Es gehe aber nicht an, daß die Reichsregierung, wenn Schwierigkeiten aus den Reihen ihrer Anhänger auftauchen, die Opposition zu Hilfe rufe, ohne ihrerseits der Opposition den auch vom Reichslandbund geforderten Einfluß einzuräumen.

Wenn Reichsernährungsminister Schiele in seinem zweiten Briefe an den Redner hauptsächlich darauf hinweisen zu müssen glaubte, daß eine Handhabung des Artikels 48 nicht nötig sei, so gehe diese Beweisführung an dem Kern der politischen Situation vorüber. Eine zum durchgreifenden Handeln entschlossene Reichsregierung habe auch, ganz abgesehen von dem Notstandsparagraphen, gegenüber den eigenen Parteien, wie in diesem Falle Zentrum und Staatspartei, genügend Druckmittel in der Hand, die, energisch angewandt, ein solches Ausbrechentanzen verhindern könnten. Darüber hinaus machte aber auch die Defensivstellung der Sozialdemokratie in Preußen dieser eine nachhaltige Opposition im Reichstag unmöglich in dem Augenblick, wo sie die Gewißheit habe, daß sie diese Opposition die Vormachtstellung in Preußen koste.

Die Wahlen in Braunschweig.

Ruhiger Verlauf bei 89 Prozent Beteiligung.

Braunschweig, 3. März.

Nach Wochen der schärfsten Agitation von allen Seiten, die Stadt und Land Braunschweig in einen Zustand starker politischer Spannungen versetzten, ist der Wahlsonntag vorüber. Die Bedeutung des Ausganges dieser Kommunalwahlen als Symptom für die politische Entwicklung überhaupt erkennend, sind die Parteien in ihren Wahlversammlungen mit ihren bekanntesten Vertretern aufgetreten. So sprachen hier Dr. Hugenberg, Seldte, Hitler, Göring, Dr. Frick, Döbrich, Dingeldey, Mahraun, Dr. Dietrich, Severing und am Vorabend der Wahl noch Thälmann.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig ist folgendes: Sozialdemokraten 37 672, Nationalsozialisten 27 040, Kommunisten 12 236, Deutsche Staatspartei 1427, Reichspartei der Nationalen Mitte 154, Mittelstandsliste 6200, Deutschnationale 4471, Nationale Einheitsliste 7924. — Bei der letzten Reichstagswahl 1930 erhielten Sozialdemokraten 41 821, Nationalsozialisten 25 252, Kommunisten 8828, Deutsche Staatspartei 2968, Deutschnationale 4999. Die Sitze verteilen sich wie folgt: 14 Sozialdemokraten, 10 Nationalsozialisten, 4 Kommunisten, zusammen 7 Sitze der Mittelstandsliste (Deutschnationale Volkspartei und Nationale Einheitsliste). Das Stärkeverhältnis ist also 18 Linke zu 17 Rechten. Wahlbeteiligung 84 Prozent.

Die politischen Schlußfolgerungen aus den braunschweigischen Kommunalwahlen sind schwer zu ziehen, da die Ergebnisse der Wahl vom 1. März weder mit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 noch mit den Landtagswahlen vom gleichen Tage ohne weiteres verglichen werden können. Bei der Wahl zum Reichstag wurden im September rund 317 000 Stimmen (zum Landtag 307 000 Stimmen) abgegeben, während diesmal nur rund 283 000 Stimmen, also 34 000 Stimmen weniger, abgegeben wurden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in 180 von 447 Gemeinden Einheitslisten für die Gemeindewahlen aufgestellt waren. Das hat also zur Folge gehabt, daß rund 11 Prozent weniger Stimmen abgegeben wurden als zur Reichstagswahl. Welchen Parteien diese 34 000 Stimmen aus den kleinen Gemeinden zugute gekommen wären, ist sehr schwer zu sagen. Ein Vergleich mit den Reichstagswahlen ergibt nach den vorläufigen Ergebnissen folgendes Bild:

Parteien:	Kommunalwahlen 1. 3. 1931	Reichstagswahlen 14. 9. 1930
Sozialdemokraten	113 210	126 983
Nationalsozialisten	84 611	83 492
Bürgerliche	61 157	82 400
Kommunisten	26 232	21 314

Da die SPD. in den kleinen Gemeinden nicht sehr stark vertreten ist, muß man annehmen, daß von den 34 000 weniger abgegebenen Stimmen der größte Teil auf die bürgerlichen Parteien und die Nationalsozialisten entfallen würde. Man dürfte hiernach also annehmen, daß die bürgerlichen Parteien und die SPD. leicht verloren haben, während Nationalsozialisten und Kommunisten leicht gewonnen haben dürften. Sehr groß dürften aber die Verschiebungen gegenüber der Reichstagswahl nicht sein. Dieses Urteil wird auch durch die in der Stadt Braunschweig und in den Kreisen erzielten Mandatsziffern bestätigt.

Der neue Strafvollzug.

Dr. Schmidt vor dem Preußischen Landtag.

Berlin, 4. März.

Im Preußischen Landtag äußerte sich der Justizminister Dr. Schmidt über Fragen des Strafvollzuges. Der neue Strafvollzug in Stufen sei in vollem Umfange erst im Kammergerichtsbezirk eingeführt worden. Auf Grund der bisherigen günstigen Erfahrungen werde seine Anwendung auch in anderen Bezirken angestrebt.

Die Ueberschätzung der Erleichterungen des neuen Systems habe in der Oeffentlichkeit zu der Ansicht geführt, daß den Gefangenen das Leben in der Strafanstalt allzu angenehm gemacht werde. Demgegenüber sei darauf hinzuweisen, daß von den rund 30 000 Gefangenen in den preußischen Strafanstalten etwa 20 000 weniger als neun Monate Strafe zu verbüßen hätten und infolgedessen von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310305-17/fragment/page=0001

vornherein für den Strafvollzug in Stufen ausschieden. Auch die übrigen 10 000 zu längeren Freiheitsstrafen verurteilten Gefangenen bekämen zunächst die ganze Schwere des Freiheitsverlustes zu spüren.

Erst wenn sie die nötige Willensreife bewiesen hätten, kämen sie für die Erleichterungen des Stufensystems in Betracht. Unberechtigt sei auch die Behauptung, daß das Stufensystem Heuchelei großziehe. Sein erzieherischer Grundsatz sei, das Schwergewicht nicht auf die Vergünstigungen zu legen, sondern auf das Recht der Gefangenen zur Mitarbeit in der Anstalt. An der notwendigen Fortbildung der Strafanstaltsbeamten werde zielbewußt gearbeitet.

Die Arbeitsbetriebe der Anstalten hätten unter der allgemeinen Wirtschaftskrise stark zu leiden. Schon jetzt sei etwa ein Drittel der Gefangenen ohne Beschäftigung, da aber ein Strafvollzug ohne Arbeit unmöglich sei, könne auf staatliche Aufträge für Gefängnisbetriebe weniger als je verzichtet werden.

Deutsche Tagesschau.

Verfassungsantrag der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung eingebracht. Danach soll das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre heraufgesetzt werden. Der Reichstag soll vom Reichspräsidenten berufen und geschlossen werden. Der Reichspräsident soll zugleich Oberhaupt des Landes Preußen sein. Seine Befugnisse in preußischen Landesgelegenheiten sollen durch preußisches Landgesetz geregelt werden.

Ein sozialdemokratischer Antrag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur zweiten Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums eine Entschließung eingebracht, die die Reichsregierung ersucht, unverzüglich dahin zu wirken, daß alle Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, die auf Grund des Artikels 39 der Reichsverfassung zur Ausübung ihrer Obliegenheiten als Mitglieder des Reichstages beurlaubt sind, zum Dienst herangezogen werden, sofern sie ihre Obliegenheiten als Abgeordnete nicht erfüllen.

Untersuchungsausschuß für die Kriegsschuldfrage.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Kriegsschuldfrage konstituierte sich und wählte den Abgeordneten Dr. Bell (Ztr.) zum Vorsitzenden. Der nationalsozialistische Abgeordnete Stöhr nahm an den Verhandlungen teil. Die Kommunisten, denen nach dem Verteilungsschlüssel der Vorsitz in diesem Ausschuß zustand, haben sowohl auf den Vorsitz als auch auf den stellvertretenden Vorsitz verzichtet.

Auslands-Rundschau.

Ein Weißbuch über die Räumung des Rheinlandes.

Die britische Regierung hat in Form eines Weißbuches das internationale Abkommen über die Räumung des Rheinlandes veröffentlicht, das am 30. August 1929 im Haag unterzeichnet wurde. Das Weißbuch enthält ferner die gemeinsame Note der englischen, französischen und belgischen Abordnungsführer an Dr. Stresemann, der die belgische und die französische Note über die Einzelheiten der Räumung und der Brief Hendersons an Stresemann über die Räumung durch die Engländer beiliegen, und endlich die Antwort Dr. Stresemanns an die Außenminister von England, Belgien und Frankreich.

Die ersten Wahlvorbereitungen in Spanien.

In ganz Spanien werden die ersten Wahlvorbereitungen getroffen. Als Auftakt dazu wird die Ernennung der Zivilgouverneure für die 50 Provinzen betrachtet, die bereits erfolgt ist. Bemerkenswert ist, daß 26 der neuernannten Gouverneure den Konservativen und 24 den Monarchisch-Liberalen angehören. Der größte Teil der spanischen Universitäten ist wieder eröffnet worden, was gleichfalls zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beitragen dürfte.

Mißglückter Umsturzversuch auf den Philippinen.

Der amerikanischen Besatzungsbehörde in Manila ist es gelungen, durch rasches Eingreifen einen von der nationalistisch-religiösen Sekte Colorums geplanten Umsturzversuch im Keime zu ersticken. Die Anhänger der Sekte beabsichtigten, die amerikanische Garnison auf der starkbefestigten Insel Corregidor am Eingang der Bucht von Manila niederzumachen und die Geschütze auf die Stadt Manila zu richten. Dann sollte die Unabhängigkeit der Philippinen ausgerufen werden. Sieben Zivilangestellte der Garnison, die mit der Sekte im Bunde standen, sind deportiert worden. Die Untersuchung dauert an.

Die Verhandlungen mit Gandhi.

Nachdem der Vizekönig von Indien in gewissen Fällen geheime Untersuchungen über das Vorgehen der Polizei gegen die indischen Nationalisten bewilligt hat, werden sich die Verhandlungen zwischen Gandhi und dem Vizekönig mit der nächsten Forderung Gandhis, der Aufhebung des Salzmonopols, befassen. Die Regierung ist der Ansicht, daß sie bei dem großen Fehlbetrag auf diese Einnahme nicht verzichten könne. Der Arbeitsausschuß des Nationalkongresses, der bereits seine Abreise beschlossen hatte, ist infolge der Wiederaufnahme der Verhandlungen in Delhi geblieben.

Kleine politische Meldungen.

Die Osthilfe Sonnabend im Reichsrat. Die nächste Vollsitzung des Reichsrats findet am Sonnabend, den 7. März, 12.30 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem auch die Gesetze über die Osthilfe.

Französische Anleihe für Italien? Ein französisches Bankenkonsortium plant, Italien eine Anleihe von über 100 Millionen Dollar (etwa 425 Millionen Mark) zu gewähren. Die Beteiligung amerikanischer und englischer Banken soll in Aussicht genommen sein.

Der englische Unterrichtsminister zurückgetreten. Der englische Unterrichtsminister Trevelyan ist zurückgetreten.

Die peruanischen Revolutionäre lehnen die neue Regierung ab. Wie aus Lima in Peru gemeldet wird, hat die Junta der Revolutionäre im Süden Perus es abgelehnt, die neue peruanische Regierung unter Dr. Elias anzuerkennen.

Aus der Umgegend

Nebra, 5. März.

— **Das neue Gesangbuch für die Provinz Sachsen und Anhalt** ist fertig. Es erscheint in 2 Ausgaben, und zwar gibt es eine solche für die lutherischen und eine andere für die reformierten Gemeinden. Alle Einbandarten sind in jeder guten Buch- und Schreibwarenhandlung erhältlich, und zwar zu festen Preisen. Keine Firma ist in der Lage, billiger zu liefern als die anderen. Es besteht nunmehr keine Besorgnis über die rechtzeitige Lieferung für die Konfirmationen.

— **Weiteres Steigen der Wohlfahrtserwerbslosenzahl auch in den deutschen Landkreisen.** Die Zahl der in den Landkreisen unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen hat im Januar 1931 weiter zugenommen. In den deutschen Landkreisen wurden am 31. Januar 1931 325 000 laufend unterstützte Wohlfahrtserwerbslose festgestellt. Gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1930 (290 000) bedeutet dies eine Steigerung um 12,2 Prozent. Auch die Zahl der im Wege der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge mit unterstützten Angehörigen der Wohlfahrtserwerbslosen ist um 50 000 von 510 000 am 31. Dezember 1930 auf 561 000 am 31. Januar 1931 gestiegen. Mithin mußten im Wege der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge am 31. Januar 1931 in den deutschen Landkreisen 886 000 Personen (gegenüber 800 000 am 31. Dezember 1930) unterstützt werden.

— **Die Auflösung des Naumburger Kulturamtes wird zur Tatsache.** Alle Versuche, das Kulturamt in Naumburg zu erhalten, sind gescheitert. Die Auflösung des Amtes erfolgt nun zum 1. April. 16 Beamtenfamilien werden aus der Stadt fortziehen. Die Auflösung wird mit der staatlichen Notlage begründet.

— **Drucksachenporto.** Für Drucksachen ist eine neue Gewichtsgrenze geschaffen worden und zwar zu 20 Gramm mit 4 Pfg. Porto. Das Drucksachenporto stellt sich demnach wie folgt: einfache Karten auch mit anhängender Antwortkarte 3 Pfg., im übrigen bis 20 Gramm 4, über 20—25 Gramm 5, über 50—100 Gramm 8, über 100—250 Gramm 15, über 250—500 Gramm 30 Pfg.

— **Quartalskündigungstermin bringt erneute Verschlechterung des kaufmännischen Stellenmarktes.** Der Quartalkündigungstermin brachte—nach den Beobachtungen der Kaufmännischen Stellenvermittlung des D.H.V.— eine abermalige Verschlechterung des kaufmännischen Stellenmarktes. Der Bewerberzugang überschritt die Ziffer des Vormonats. Es wurden im Berichtsmonat besonders viele Einzelkündigungen ausgesprochen. Mehrfach belasteten Massenkündigungen als Folge von Betriebsstillegungen, Fusionen und Konkursen den Arbeitsmarkt. An dem Bewerberzugange sind fast ausnahmslos alle Geschäftszweige beteiligt. Größerer Bewerberzugang wurde aus der Glas- und Porzellanindustrie, dem Baugewerbe, der Eisenindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel festgestellt. In verschiedenen Städten wurden auf Grund des Reichsbahn-Schenker-Abkommens zahlreiche Kündigungen ausgesprochen. Der Auftragseingang und die Vermittlungen gingen zurück. Wie schwierig sich die Lage des kaufmännischen Stellenmarktes gestaltete, kennzeichnet die für die Kaufmännische Stellenvermittlung des D.H.V. errechnete Andrangsziffer (Bewerber auf eine offene Stelle) 45,8 im Februar 1931, 34,7 im Januar 1931, 16,4 im Februar 1930.

— **Jahrpreisermäßigung für Jugendpflege.** Einem Erlaß des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt an die Regierungspräsidenten ist zu entnehmen, daß der Reichsminister des Innern durch Erlaß vom 5. Februar d. J. sich damit einverstanden erklärt hat, daß die Ortsgruppen des Reichsbundes jugendlicher Handwerkerinnen als solche in derselben Weise wie Ortsvereine, die zu einem Reichsverband zusammengeschlossen sind, Anträge auf Gewährung der Fahrpreisermäßigung für Jugendpflege stellen können.

Roßleben. Das am 24. Februar mit ganz außerordentlichem Erfolg durch den Gemischten Chor aufgeführte Volksliederspiel „Im Maien" von Richard Gabriel gelangt auf allgemeinen Wunsch am Freitagabend (6. März) noch einmal zur Aufführung. Der Eintrittspreis ist auf nur 50 Pfg. festgesetzt. Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Sauerschen Buchhandlung erhältlich.

Roßleben. [Gefolgt.] Der am Montag in der Volksschule begonnene Kursus in der Krankenpflege hat eine über alles Erwarten rege Beteiligung. Nahezu 80 Teilnehmerinnen — junge Mädchen und Frauen — nahmen daran teil und zeigen großes Interesse für die ihnen von der unterrichtenden Schwester gezeigten Hilfsmaßnahmen bei vorkommenden Erkrankungen in der Familie.

Schaafsdorf (Ehrung.) In der letzten Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins zu Allstedt wurde dem Ehrenvorsitzenden A. Schmidt und dem Gutsbesitzer G. E. Kiemes-Schaafsdorf für langjährige treue Verdienste um den Verein die „Silberne Verdienstmedaille am Bande" und das Ehrendiplom der Hauptlandwirtschaftskammer überreicht.

Kirchscheidungen. Der Bahnwärter a. D. Herr Gustav Planert feiert am 6. März mit seiner Frau Ida geb. Franke in körperlicher und geistiger Frische das goldene Hochzeitsjubiläum.

Bad Bibra. (Ein Opfer der Arbeitslosigkeit.) In der Saale an der „Neuen Welt" in Naumburg ist am Mittwoch ein Toter gelandet. Der Tote ist als der 21jährige Verwaltungsgehilfe Heinz Lips aus Bad Bibra festgestellt worden. Er wird als ein begabter junger Mensch geschildert, der infolge anderthalbjähriger Arbeitslosigkeit schwermütig und von ihr so niedergedrückt wurde, daß er in den Tod ging.

Weißenfels. (Wo nichts ist . . .) Ein hiesiger Hausbesitzer erhielt von der Behörde die Aufforderung auf Nachzahlung eines größeren Betrags Hauszinssteuer. Der Mann erklärte sich hierzu nicht imstande und stellte sein Haus der Steuerbehörde zur Verfügung.

Zeitz Die städtischen Körperschaften hatten vor einiger Zeit einen Beschluß auf Aufhebung der Jahrmärkte in hiesiger Stadt gefaßt, weil ein weiteres Bedürfnis für die Märkte im Interesse des heimischen Handels nicht mehr vorliegt. Dieser Beschluß hat nunmehr die Bestätigung des Provinzialrats der Provinz Sachsen gefunden.

Leuna. Betriebsratswahl. Am 18. März finden bei den Leunawerken die Wahlen zum Betriebsrat statt. Zum ersten Mal seit 1921 haben sich auch drei Angestellte bereiterklärt, für eine kommunistische Liste zu kandidieren. Außer dieser kommunistischen sind noch drei Listen der Angestellten eingereicht worden; dazu kommen sechs Listen der Arbeiter.

Wolfen. Beim Bäumefällen tödlich verunglückt. Der 26 Jahre alte Arbeiter Thomiak, der im Park des Rittergutes Reuden mit dem Fällen von Bäumen beschäftigt war, wurde von einem stürzenden Baume getroffen und schwer verletzt. Er ist seinen Verletzungen im Dessauer Krankenhaus erlegen.

Torgau. Todesfall. Im 63. Lebensjahr verstarb an den Folgen einer Grippe der Oberstaatsanwalt beim hiesigen Landgericht, Dr. Tielsch, der seit 1918 die Staatsanwaltschaft in Torgau leitete. Weiteren Kreisen wurde Oberstaatsanwalt Dr. Tielsch bekannt, als er 1925 die Anklage gegen den ehemaligen Liebenwerdaer Landrat Bogvertrat.

Dessau. Steuerprotest des Mittelstandes. Der Mitteldeutsche Handwerkerbund hatte in Gemeinschaft mit dem Gewerbeverein, dem Gastwirteverein, dem Hausbesitzerverein und dem Bürgerverein zu einer Kundgebung eingeladen, um gegen die von der Anhaltischen Regierung verfügten Gewerbesteuerzuschläge zu protestieren. Der Redner der Deutschen Volkspartei und auch der Referent der Deutschnationalen fanden sehr scharfe Worte für diese Regierungsmaßnahme, von der der volksparteiliche Redner erklärte, daß sie einen Steuerdilettantismus schlimmster Sorte verriete und zum Schluß seiner Ausführungen unter großer Zustimmung den Rücktritt der jetzigen Regierung verlangte. Die Versammlung nahm zwei Entschließungen an, von denen die eine an die Regierung, den Landtag und die Parteien, die andere an den Magistrat gerichtet ist. In beiden wird die Aufhebung der Steuerdiktate verlangt und gefordert, daß Schritte zur Belebung des Arbeitsmarktes unternommen werden.

Halberstadt. Dreister Raub. Einer Schwester des Siechenhospitals wurde in der Hospitalstraße die Handtasche mit 2500 RM Unterstützungsgeldern für die Hospitalisten von einem jungen Mann mit Gewalt entrissen. Nach vollbrachter Tat setzte er sich aufs Rad und flüchtete; er konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Halberstadt. 2,5 Millionen für Wohlfahrtslasten. Nach den bisherigen Feststellungen sind die für das jetzt zu Ende gehende Etatsjahr für Wohlfahrtszwecke verwandten Summen auf 2,5 Millionen Reichsmark einzuschätzen. Da im Haushaltsplan nur 2 Millionen bewilligt waren, verbleibt ein Fehlbetrag von rund einer halben Million, für den nur zum Teil Deckung vorhanden ist, so daß der Rest mit in den neuen Haushalt hinübergenommen werden muß.

Bad Harzburg. In der Woche nach Ostern findet hier der Evangelische Reichselterntag 1931 statt. Er wird in Form einer geschlossenen Arbeits- und Vertretertagung abgehalten werden. In Verbindung mit dem Reichselterntag findet am 10. April in Braunschweig ein pädagogische Tagung statt, deren Veranstalterin die Gesellschaft für Evangelische Pädagogik ist.

Elbingerode. Unter das Auto gerodelt. Das 7 Jahre alte Töchterchen und das dreijährige Söhnchen des Försters Müller fuhren beim Rodeln mit dem Schlitten in ein vorüberfahrendes Auto. Mit schweren Verletzungen wurden beide Kinder nach Wernigerode ins Krankenhaus gebracht.

Der Aufwertungsschwindel mit Altbesitzanleihen

Leipzig. Zu den Meldungen über den jetzt aufgedeckten Schwindel mit Altbesitzanleihen wird vom Rat mitgeteilt, daß sofort nach Bekanntwerden der Amsterdamer Fälschungen vom Oberbürgermeister Ermittlungen angeordnet worden sind, ob und in welcher Höhe die Stadtgemeinde Leipzig Schaden erleidet, und ob bei Hereinnahme der angeblichen Altbesitzstücke die bestehenden besonders strengen Vorschriften beobachtet worden sind. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist bei der Prüfung der Unterlagen mit der nötigen Sorgfalt verfahren worden. Sollte sich erweisen, daß die behaupteten Fälschungen zutreffend sind, so würde die Stadtgemeinde um nicht ganz 100 000 RM geschädigt sein. Ob Rückvergütungsansprüche bestehen und mit Erfolg betrieben werden können, wird von dem Ergebnis der von der Zentralstelle aus geleiteten Untersuchung abhängen.

Kassel. (Furchtbarer Kindestod.) Einen tragischen Tod erlitt das fünfjährige Kind eines Landwirtes in Lichtenau. Es hatte sich heimlich hinter einem Strohhaufen versteckt und dem mit dem Strohaufladen beschäftigten Vater zugerufen, er möge es suchen. Der Vater überhörte diesen Ruf, und als er mit der Heugabel in ein abseits stehendes Bund Stroh stieß, verletzte er sein Kind so schwer, daß es verstarb, ehe ärztliche Hilfe zur Stelle war.

Greppin (Kr. Bitterfeld). Staatszuschuß gefährdet. In Anbetracht ihrer schlechten finanziellen Lage hatte die Gemeinde Antrag auf Bewilligung eines Staatszuschusses gestellt. Auf diesen Antrag ist ihr mitgeteilt worden, daß Voraussetzung für einen derartigen Zuschuß die Verdoppelung der Biersteuer sei. Gleichzeitig wurde ihr nahegelegt diese so bald als möglich zu beschließen. Die Gemeindevertreter lehnten in einer dringlich einberufenen Sitzung die Verdoppelung der Biersteuer ab. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß nunmehr alle Hebel in Bewegung gesetzt werden sollen, um auf andere Art und Weise aus der finanziellen Bedrängnis herauszukommen.

Magdeburg. Die hiesige Elbstromverwaltung kündigt für die nächsten Tage eine Hochwasserwelle an. Der Pegel in Magdeburg, an dem am Montag der Wasserstand 2,22 Meter betrug, soll am Freitag 3,45 Meter verzeichnen. Ein weiteres Steigen soll nicht ausgeschlossen sein.

Dresden. In den Alpen verunglückt. Wie aus Bludenz (Vorarlberg) gemeldet wird, ist die Studentin Marie Otto aus Leisnig i. Sa., die gemeinsam mit zwei Studenten im Gebiet der Freiburger Hütte am Formarinsee ein Skiwanderung unternommen hatte, beim Lostreten eines Schneebrettes verunglückt. Sie wurde von den Schneemassen verschüttet. Die Gefährten der Verunglückten suchten Hilfe herbeizuholen. Von Dalaas ist eine Rettungsexpedition abgegangen, doch soll wenig Hoffnung bestehen, die Verunglückte noch lebend zu bergen.

Neues aus aller Welt.

Schwere Bluttat im Berliner Osten. In der Zorndorfer Straße 57 im Osten Berlins hat sich eine schwere Bluttat zugetragen. Von ihrem Manne getrennt lebt dort bei ihrer Mutter eine Frau Mix, die seit einigen Wochen eine enge Freundschaft mit dem 29jährigen Arbeiter Bruno Raube verband. Als der Ehemann Mix zu seiner Schwiegermutter kam, um seine Frau zu sprechen, fand er dort Raube vor. Es kam zwischen den beiden zu einem heftigen Streit, in dessen Verlauf Raube den Mix durch zwei Messerstiche in die Brust schwer verletzte. Mix wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht. Raube wurde verhaftet.

Das Ende einer Familientragödie. Im Hause Plantage 9 in Berlin-Spandau fand eine Familientragödie ihr Ende. Der 38jährige Arbeiter Fritz Deutschmann, der schon seit einiger Zeit an Wahnsinnsanfällen leidet und seine Frau und seine Kinder ständig mißhandelte, erlitt einen neuen Tobsuchtsanfall. Er schlug seine Frau zu Boden und versetzte ihr mehrere Fußtritte in den Unterleib, so daß sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310305-17/fragment/page=0002

mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Das von den Nachbarn herbeigerufene Ueberfallkommando konnte den Tobsüchtigen erst nach langem Kampfe überwältigen. Deutschmann wurde sofort von dem zuständigen Kreisarzt untersucht, der ihn für gemeingefährlich geisteskrank erklärte und ihn in die Heilanstalt Herzberge überführen ließ.

Mit dem Kraftwagen in ein Schaufenster. Ein von einer jungen Dame gesteuerter Personenkraftwagen geriet in Aachen beim Ausweichen vor einem entgegenkommenden Kraftwagen auf den Bürgersteig, fuhr hier in eine Gruppe Schulkinder hinein und landete schließlich in einem Schaufenster. Vier Kinder wurden zum Teil schwer verletzt und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Drei weitere Kinder kamen mit leichteren Verletzungen davon. Ob die Lenkerin die Gewalt über den Wagen verloren hat oder ob ein Versagen der Steuerung oder andere Gründe vorliegen, muß die Untersuchung ergeben.

Millionenbetrügereien eines Erfinderhochstaplers. Im Oktober vorigen Jahres erbot sich der angebliche Deutsch-Mexikaner „Dr." Friedrich Jonas, der sich hauptsächlich in Mecklenburg aufhielt, mit Hilfe eines komplizierten Apparates Wasserstoffgas aus Wasser herzustellen. Eine aufsehenerregende Wendung hat die Angelegenheit jetzt durch das Erscheinen eines Vertreters des Postministers der USA., Mr. Wallace, genommen, der seit einigen Tagen in Malchow weilt. Jonas wird nämlich auch von der Polizei der Vereinigten Staaten gesucht, weil er sich eines Millionenbetruges an der New Yorker Post schuldig gemacht haben soll.

Lustmord an einem sechsjährigen Kinde? Die seit etwa zehn Tagen vermißte sechsjährige Maria Herl wurde von einem Spaziergänger unter einem Felsen in der Umgebung der Stadt Pirmasens als Leiche aufgefunden. Das Kind war an den Beinen gefesselt und wies einige Wunden auf. Die Untersuchung hat ergeben, daß das Kind erdrosselt worden ist. Allem Anschein nach handelt es sich um einen Lustmord. Der Verbrecher konnte bisher nicht ermittelt werden.

Von 69 Gerichten gesucht und endlich verhaftet. Von der Gendarmerie in Kefermarkt in Oberösterreich ist der von 60 reichsdeutschen und 9 österreichischen Gerichten gesuchte 47jährige Max Gustav Osmald aus Sachsen verhaftet worden, der nach einem angeblich von der Polizeiverwaltung Ziegenrück in Preußen ausgestellten Schriftstück von Geburt an taubstumm sein sollte. Bei der Untersuchung stellte es sich heraus, daß er die Taubstummheit vortäuschte und das Zeugnis gefälscht hat.

Große Ueberschwemmungen in Ungarn. In Raab und Umgebung dauert das Hochwasser an, so daß der Verkehr nur mit Kähnen möglich geworden ist. Auch aus Nordungarn wird Hochwasser gemeldet. Dort sind mehrere Flüsse aus den Ufern getreten und haben weite Gebiete überschwemmt.

Nach dem schweren Sturm über Dänemark. Nach dem orkanartigen Sturm über Dänemark, der ein vollkommenes Erliegen des Verkehrs zur Folge hatte, wird gemeldet, daß jetzt alle Staatsbahnzüge wieder ziemlich normal gehen und daß der Verkehr auf den Landstraßen allmählich wieder in Ordnung kommt. Besonders in Randers in Jütland hat das Unwetter großen Schaden angerichtet. Dort wurde vor allem das Hafenviertel mit seinen Warenlagern und Speichern unter Wasser gesetzt.

Schnelligkeitsrekordversuch auf der Strecke Paris—Tokio. In Le Bourget sind die beiden französischen Flieger Burtin und Moench aufgestiegen, um den von Lolouette und Goulette gehaltenen Rekord in der Verbindung Paris—Tokio zu brechen. Die beiden Flieger benutzen zu ihrem Versuch ein Farman-Flugzeug, das einem der beiden persönlich gehört. Der Flug ist also schon aus diesem Grunde als reines Privatunternehmen anzusehen. Die Flieger hoffen, in weniger als fünf Tagen Tokio zu erreichen. Ihre erste Zwischenlandung war in Athen beabsichtigt. Der Rückflug soll über Peking stattfinden.

Autobus mit Fußballmannschaft verunglückt. In Barcelona ist ein Autobus mit einer Fußballmannschaft infolge eines Erdrutsches verunglückt. Der Autobus überschlug sich dreimal, wurde zertrümmert und blieb schließlich im Straßengraben liegen. Dabei wurde eine Person getötet, fünf wurden schwer und 27 leicht verletzt.

588 Erdstöße in Neuseeland seit dem 3. Februar. Seit dem großen Erdbeben, das Neuseeland am 3. Februar heimsuchte, wurden von dem Observatorium in Wellington 588 Erdstöße registriert. Das Zentrum der Erschütterungen, die jedoch nicht das Ausmaß der ersten Erdstöße erreichten, liegt in der Umgebung der Whakes-Bucht, dem Zentrum der letzten Katastrophe.

Der neue Hafen von Duala in Kamerun eröffnet. In der ehemaligen deutschen Kolonie Kamerun, die jetzt unter dem Völkerbundsmandat Frankreichs steht, wurde der neue Hafen von Duala eröffnet. Die französische Regierung, die hieraus ein Ereignis von ungeheurer Tragweite zu machen versucht, hat der Eröffnungsfeierlichkeit durch die Hinzuziehung von Vertretern der verschiedenen Handelskammern eine besondere Note geben wollen, um die kolonisatorische Arbeit zu unterstreichen, die jetzt angeblich in den ehemals deutschen Kolonien geleistet wird.

Zehn Personen bei einem Theaterbrand umgekommen. Bei einem Brande des Theaters Principal in der Stadt Mexiko sind insgesamt zehn Personen in den Flammen umgekommen. Man fand die verkohlten Leichen bei den Aufräumungsarbeiten.

Weltgeschichte am Mittelmeer.

Von Dr. **Paul Herre**,
Professor an der Universität Berlin.

Unter dem Titel „Museum der Weltgeschichte" gibt Professor Paul Herre einen Ueberblick über die staatliche, wirtschaftliche, soziale, geistige und kulturelle Entwicklung der Völker in Einzelbetrachtungen. Besonderes Interesse erweckt darin das Werk „Weltgeschichte am Mittelmeer" (Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H., Wildpark-Potsdam). Aus dieser grundlegenden Darstellung Herres geben wir Teile seiner Schlußfolgerungen wieder. D. Schriftl.

„Die nationalen Probleme, die der Weltkrieg endgültig gelöst haben sollte, sind zumal im Mittelmeergebiet keineswegs zum Abschluß gelangt. Am wenigsten im Wetterwinkel Europas, auf dem Balkan. Gewiß drängt die Entwicklung dahin, daß die auf der Halbinsel wohnenden kleinen Nationen sich miteinander verständigen und in irgendeiner Weise zusammenschließen. Aber der gegenwärtige Zustand erbitterter Feindschaft untereinander, der von den rivalisierenden Großmächten zwar mit Worten bekämpft, der Tat nach jedoch gefördert wird, deutet bisher keine Möglichkeit einer befriedigenden Regelung an. Trotzdem lebt bereits das neue Schlagwort: Der Balkan den Balkanvölkern.

Erst recht aber steht das weitere Losungswort: Das Mittelmeer den Mittelmeervölkern, und dieses gilt im besonderen Sinne England, das keine Mittelmeermacht ist, jedoch dank seiner meerbeherrschenden Flotte noch immer eine maritime Hegemonie von Gibraltar bis Suez und Konstantinopel ausübt und mit seinen Stützpunkten die gesamte Staatenwelt Südeuropas kontrolliert. Durch den Besitz Gibraltars knebelt es Spanien, auf das es auch sonst einen starken Einfluß geltend macht. Von Malta, das es seit mehr als hundert Jahren beherrscht, ohne die einheimische Bevölkerung gewonnen zu haben, überwacht es Italien, von Zypern aus, dessen Bewohner den Anschluß an das griechische Mutterland erstreben, den Orient, und in Aegypten hält es die Hand fest auf die Landenge von Suez und ihren Kanal. Indessen schon scheint es, als ob die Londoner Staatsleitung geneigt ist, aus den veränderten Verhältnissen im Mittelmeer die Folgerungen zu ziehen. Ende Juli 1929 kündigte die britische Admiralität die Absicht an, das Schwergewicht der Machtstellung Englands vom Mittelmeer auf die Ozeane zu verlegen und den Charakter Maltas als Flottenstützpunkt zu mindern. Ist diese Erklärung auch zunächst mehr als Geste gegenüber Italien denn als ernstliche Rückzugshandlung zu werten, so deutet sie doch den Weg an, den England vielleicht weiterverfolgen wird. Aber wird die Entwicklung an dem Punkte haltmachen, bis zu dem die britische Regierung bereit ist entgegenzukommen? Wird das britische Reich vielleicht nicht die Rolle im Mittelmeerraum spielen müssen, die in den vergangenen Menschenaltern die habsburgische Monarchie auf dem europäischen Festland spielte: die Kosten zu tragen für das Selbständigwerden jüngerer, sich ausreifender Völker?

An der zukünftigen Gestaltung dieser Dinge ist neben den südeuropäischen Nationen die islamische Völkerwelt hervorragend beteiligt. Ja, vielleicht wird von ihr aus die weltgeschichtliche Entwicklung den entscheidenden Anstoß erhalten. Denn es bleibt für das Mittelmeer eine Tatsache von grundlegender Bedeutung, daß ihm auch auf asiatischem und afrikanischem Boden nicht Völker anwohnen, die als kulturunfähig angesehen werden müssen, sondern die alle einmal Träger einer überragenden selbständigen Kultur gewesen sind. Zunächst wird die Entwicklung in dem weiträumigen Gebiet freilich nicht einheitliche Wege gehen. Die Türkei und Arabien, die politisch selbständig sind, leben ihr eigenes Dasein. Die übrigen Länder, die sich ganz oder verschleiert in der Abhängigkeit von europäischen Kolonialmächten befinden, müssen sich bis auf weiteres in den ihnen auferlegten Rahmen fügen. Wird dieser Zustand aber von Dauer sein?

Die Gegenwart sieht die islamische Welt in höchster Spannung, und je ruhiger die Dinge nach außen erscheinen, um so bewegter geht es hinter den Kulissen zu. Allein die Türkei, die sich als Staat saturiert ansieht, verfolgt in ernster Arbeit die Bahnen inneren Aufbaus, außenpolitisch geschickt zwischen West und Ost lavierend und dabei in enger Verbindung mit Persien und Afghanistan, den selbständigen Nachbarn im Osten. Obschon dem Völkerbund ferngeblieben, steht sie innerlich Europa doch näher als Sowjetrußland, mit dessen Hilfe sie emporgekommen ist, aber sie hält sich bewußt ganz für sich.

Der Weltkrieg mit seinen aufwühlenden Wirkungen hat nicht nur die staatlichen Verhältnisse umgestaltet, sondern auch die gesamte soziale und geistige Struktur der Völker gewandelt. Die Mittelmeerwelt macht in diesem gewaltigen Umbildungsprozeß keine Ausnahme, und nicht zum wenigsten in ihrem Umkreis zeigen sich völlig neue Entwicklungsperspektiven. Alles ist hier im Fluß, und Auseinandersetzungen haben begonnen, deren Ausgang sich nicht absehen läßt, und ihre Tragweite ist um so unermeßlicher, als das Mittelmeergebiet wieder zu einem der weltgeschichtlich bedeutsamsten Räume des Erdballs geworden ist.

Wenn nicht alles trügt, bereiten sich neue Entscheidungen von weltgeschichtlicher Tragweite am Mittelmeer vor. Haben die Friedensdiktate von 1919 und 1920 dem gesunden Fortschreiten der europäischen Völker überall Gewalt angetan, so haben sie den mittelmeerischen Verhältnissen erst recht den Stempel des Vorübergehenden und Unfertigen aufgedrückt. Schneller als in irgendeinem anderen Erdenraum wird hier das Rad der Geschichte weiterrollen."

Etwa 100 Tote . . .

Neuer Wirbelsturm auf den Fidschi-Inseln.

London, 4. März.

Ein neuer schwerer Wirbelsturm hat die nordöstlichen Fidschi-Inseln verwüstet. Der Sturm richtete gewaltige Zerstörungen an. Die Zahl der Toten wird vorläufig auf etwa 100 geschätzt, darunter vier Europäer. Genaue Angaben sind noch nicht möglich, da alle Verbindungen zerstört wurden.

Verrat von Betriebsgeheimnissen

Ein großer Werkspionageprozeß.

Berlin, 4. März.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann ein Werkspionageprozeß, dem eine große Bedeutung zukommt. Die Firma Schilde in Hersfeld bot eines Tages der Berliner Maschinenfabrik R. Stock & Co. neue Modelle für Härteöfen an, in denen Spiralbohrer gehärtet werden.

Die Ingenieure der Firma Stock stellten fest, daß die ihnen angebotenen Oefen mit denjenigen Härteöfen völlig übereinstimmten, die schon seit längerer Zeit eine Spezialkonstruktion der Firma Stock & Co. waren.

Der Verdacht, die Betriebsgeheimnisse verraten zu haben, fiel auf die technischen Angestellten Koerber, Paul und Wirsing, die ursprünglich bei Stock & Co. tätig gewesen waren, dann aber zu einer Düsseldorfer Konkurrenzfirma gegangen waren. Die Firma Schilde in Hersfeld hatte in gutem Glauben die Härteöfen nach den Angaben, die die drei Angestellten ausspioniert hatten, konstruiert.

Bei einer Haussuchung in den Düsseldorfer Arbeitsräumen der drei Angestellten fand man Tabellen, Zeichnungen und Photographien, die von ihnen bei Stock & Co. gemacht worden waren. Der Verband Deutscher Metallindustrieller erstattete Strafanzeige, um für derartige Fälle des Verrats von Konstruktionsgeheimnissen ein Gerichtsurteil zu erwirken.

Die Anklage gegen die drei Angestellten Koerber, Paul und Wirsing lautet auf Diebstahl, unlauteren Wettbewerb und Werkspionage. Die geschädigte Firma Stock & Co. ist als Nebenkläger zugelassen. Die Beweisaufnahme dürfte einen großen Umfang annehmen, das Urteil wird für Donnerstag erwartet.

Fünf Tage hat die Woche.

Die Forderung nach Beschränkung der Arbeitszeit, um den Arbeitslosen Platz zu schaffen, nimmt immer größeren Umfang an und hat in der Industrie inzwischen solchen Eindruck gemacht, daß sich große Betriebe bereits zur offiziellen Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche entschlossen haben. Das heißt mit anderen Worten, der alte Bibelspruch: Sechs Tage sollst du arbeiten, am siebenten aber ruhen, wird, durch die Not der Zeit veranlaßt, außer Kraft gesetzt. Arbeiter und Angestellte sollen nicht mehr sechs, sondern nur fünf Tage tätig sein und zwei Ruhetage in der Woche haben. Am besten wäre es, man änderte die Wochentage überhaupt, man schafft einen neuen Kalender. Gelehrte an die Front! Es gibt viele, die sich mit einer Kalenderreform schon lange beschäftigen. Das beste ist, sie berücksichtigen gleichzeitig die Fünftagewoche. Denn — so ist die Ansicht aller Wirtschaftskoryphäen — auf kurz oder lang werde die Fünftagewoche Allgemeingut sein. Die Maschine hat Schuld daran. Sie hat den Arbeitern das Brot genommen, ihre Arbeitsplätze mit Beschlag belegt, sie eingeengt. Einstweilen ist aber mit der Fünftagewoche zu rechnen. Wenn sich auch Meinungen gegen sie geltend machen, schließlich werden die guten Vorbilder siegen. Nur so ist es jetzt ja möglich, vielen einen Arbeitsplatz frei zu machen. Aber zwei Feiertage in der Woche, zwei Ruhetage? Was fangen wir Menschen mit so viel freier Zeit an? Das ist ein neues Problem. Wieviele gibt es wirklich, die immer, wenn sie nicht tätig sind, auf der Bärenhaut liegen? Ihnen wird die Fünftagewoche schlecht bekommen. Man hat immer die Forderung gehört, der soziale Fortschritt verlange, daß den Menschen mehr Ruhe gegeben werde. Will der Mensch aber wirklich die Ruhe? Es ist schon weise eingerichtet, daß man sechs Tage arbeiten und einen Tag in der Woche feiern soll. Die alte Weltordnung wird aus den Fugen gehoben. Sie muß aber angetastet werden, und die Menschen müssen sich umstellen aus einer gewissen Solidarität heraus. Alle wollen sie leben, nicht von Almosen, sondern durch ihrer Hände Arbeit. Und vielleicht gelingt es auch diejenigen, die mit dem neuen Feiertag nichts anzufangen wissen, für etwas Besonders zu interessieren. Was liegt näher, als daß sich eine neue Bewegung auftut: Zur Ueberbrückung des neuen Feiertages! T.—

Frau Else Lasker-Schüler,
die bekannte deutsche Schriftstellerin, vollendet demnächst ihr 50. Lebensjahr.

Die ersten Nachrichten vom Startplatz der Mode sind eingetroffen! Sie werden verkündet in der soeben erscheinenden ersten Frühjahrsmoden-Nummer der **„Eleganten Welt"** und lauten: Revolution der Farbe! Evolution der Form! Freiheit, Phantasie und Individualität sind die charakteristischen Merkmale der neuen Mode! Die Hüte sind wieder garniert! Interessante Kombinationsstoffe sind Trumpf! Ueber nähere Einzelheiten berichte: das obige Heft.

„Gewitterwolken und Sonnenstrahlen" lautet der Titel eines Aufsatzes in der neuesten Nummer der Zeitschrift „Das Heft". Dieser Aufsatz gibt uns einen klaren und unparteiischen Ueberblick über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands. Ein interessanter Bildartikel „Weltgeschichte in Wachs" berichtet von dem Wachsfigurenkabinett der Madame Tussaud. Unter der Rubrik „Frauenschicksale" findet die Leserin diesmal einen Bericht von dem Leben der „Elisabeth von England". Ein mit farbigen Zeichnungen illustrierter Aufsatz „Komparserie mit und ohne Gage" erzählt von der mühevollen Arbeit der Filmstatisten. Es folgen illustrierte Aufsätze, ernste und lustige Kurzgeschichten, ausführliche Theaterkritiken und die beiden laufenden Romane „Anita denkt an Dich . ." von Franz Harper und „. . . noch bleibt der Weg nach El Oro" von Nanny Lambrecht. Die kulinarische Plauderei „Um den Kaffeetopf", das „Autoheft" und der „Butterschmodendienst" geben der Leserin gute Ratschläge und sicher auch anregende Unterhaltung. Außer dem lustigen Preisrätsel findet die Leserin eine sehr ausführliche Rezension der Schallplatten-Neuerscheinungen verschiedener Firmen, die ihr die Auswahl der Schallplatten gewiß erleichtern wird.

Vom Preisabbau nicht reden, sondern handeln!

Es ist allgemeine Ueberzeugung, daß jeder Preisabbau nur dann seine volle Wirkung entfalten kann, wenn er dem Publikum Gewähr für die Erreichung eines endgültigen niedrigen Preises bietet. Jedes schrittweise Nachgeben, mag es noch so in den Verhältnissen bedingt sein, kann mehr schaden als nützen: es reizt zum Warten auf die nächste Verbilligung.

Einer der führenden wissenschaftlichen Verleger Deutschlands, Justus Perthes in Gotha, hat das richtige erkannt, wenn er sein berühmtes Verlagswerk, die Hundertjahrausgabe von Stielers Hand-Atlas, jetzt radikal verbilligt. Der „Stieler" kostet nun in seiner einfachsten Ausgabe RM. 48.—, im November noch fast 100% mehr.

Der Buchhandel klagt, daß für noch so wertvolle Werke oberhalb einer Preisgrenze von RM. 70.— bis RM. 80.— überhaupt kein Markt mehr vorhanden ist. Er wie das ganze geistig interessierte Publikum wird dem Verlag für sein Schritt Dank wissen, der eines der erstrebenswertesten Werke, einen vorzüglichen Atlas, der für viele in den Kreis der erfüllbaren Wünsche rückt.

Trotz dieses Preisabbaues hat der Verlag — auch hierin richtig handelnd — von einer gekürzten oder im Druck vereinfachten „Volksausgabe" abgesehen; auch der verbilligte Stieler zeigt jene bekannte, durch Kupferstich und vielfarbigen Steindruck bedingte Qualität, die ihn wohl an die Spitze aller Atlanten der Welt stellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310305-17/fragment/page=0003

Muttersprache, Mutterlaut . . .

Elsaß-lothringische Heimatforderungen.

Straßburg, 4. März.

Die Arbeitsgemeinschaft der beiden elsäßischen autonomistischen Parteien (Landespartei und Fortschrittspartei) hat nach längerer Aussprache eine Reihe von Entschließungen gefaßt, die das Festhalten an den gemeinsamen Forderungen betonen. In der Sprachenfrage wird gesetzliche Anerkennung des Deutschen als Landessprache verlangt und dessen volle Gleichberechtigung mit dem Französischen.

In den Volksschulen sollen die Kinder vom ersten Schuljahre an gründlichen Unterricht in der Muttersprache erhalten und befähigt werden, die hochdeutsche Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen. In sämtlichen Verwaltungen müsse für die Beamten das gleiche gelten. Alle amtlichen Verfügungen und Mitteilungen haben in beiden Sprachen zu erfolgen. Kein Bürger dürfe gezwungen werden, seine Eingaben an Behörden in französischer Sprache anzufertigen.

Maginots Rede vor der Kammer.

Paris, 4. März.

Die französische Kammer begann mit der Beratung des Haushalts des Außenministeriums und nahm zunächst die Erklärungen des kommunistischen Abgeordneten Cachin entgegen, der sich, wie üblich, in langen Ausführungen gegen den Kapitalismus und die Bourgeoisie wandte. Als nächster Redner erklärte der sozialistische Abgeordnete Grumbach, daß er die Absicht habe, das deutsch-französische Problem in seiner ganzen Ausdehnung zu behandeln.

Er sei einer derjenigen, die an eine weitgehende Verantwortung Deutschlands am Kriege glaubten. Er betrachte es aber in Uebereinstimmung mit seiner Partei als einen großen Fehler, diese Auffassung im Versailler Vertrag niedergelegt zu haben.

Der Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung liege in den täglichen Protestaktionen Deutschlands. Er sei fernet der Auffassung, daß der Ausdruck „Angreifer" durch den französischen Kriegsminister im Jahre 1931 nicht hätte angewandt werden dürfen, besonders deshalb nicht, weil im Augenblick das republikanische Deutschland scharf gegen das revanchelustige Deutschland Front mache. Der Rüstungsunterschied müsse von Deutschland als der Ausdruck seines Friedenswillens anerkannt werden. Man müsse ihm aber zur gleichen Zeit die Hoffnung lassen, eines Tages Rüstungsgleichheit wiedererhalten.

Es sei interessant, zu erfahren, ob Maginot im Namen der französischen Regierung gesprochen habe. Briand erwiderte darauf, daß Frankreich den größten Anteil an dem Zustandekommen der Abrüstungskonferenz habe. An der letzten vorbereitenden Sitzung habe Maginot persönlich teilgenommen, und von seiner Seite seien bestimmt keine Hindernisse zu befürchten.

Henderson soll helfen.

Englisches Kabinett und Gewerkschaftsgesetz.

London, 4. März

Das Kabinett hat sich bisher noch nicht entschieden, wie es das Gewerkschaftsgesetz weiterbehandeln und sich aus der schwierigen Lage herausziehen will, die durch die Annahme des liberalen Zusatzantrages über die Ungesetzlichkeit eines Generalstreiks entstanden ist. Es wartet vielmehr die Rückkehr Hendersons ab, der als eine Autorität auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens gilt.

Die rechtssachverständigen Mitglieder des Kabinetts haben bereits einen Zusatzantrag zu dem liberalen Zusatzantrag entworfen, der die Auswirkungen der liberalen Forderungen erheblich abschwächt und sowohl für die Arbeiterpartei als auch für die Liberalen annehmbar sein soll. Hiermit ist schon die Richtung angedeutet, in der eine Lösung der Krise gefunden werden kann.

Es wird Hendersons Aufgabe sein, den Gewerkschaftsrat dazu zu überreden, sich mit der Fortsetzung der Verhandlungen über das Gewerkschaftsgesetz einverstanden zu erklären.

Dieser hatte sich nämlich dafür eingesetzt, den Liberalen nicht mehr nachzulaufen, sondern das Gewerkschaftsgesetz einfach zu den Akten zu legen. MacDonald teilte im Unterhause mit, daß die angesetzte Ausschußverhandlung zunächst fortgesetzt würde.

Der Messedienstag

Leipzig. Erfahrene Kenner der Leipziger Messe schätzen die Zahl der Messefremden auf dieser Frühjahrsmesse auf rund 120 000, darunter rund 26 000 Ausländer. Auf solche Schätzungen ist man angewiesen, da bahnamtliche Ziffern über die Besetzung der Sonderzüge noch immer nicht vorliegen. Mit dem Eintreffen weiterer Einkäufer, besonders aus dem Ausland, die die Unruhe der ersten Messetage vermeiden wollen, erklärte es sich auch wohl, daß der geschäftliche Verkehr in den Messehäusern der hauptsächlichsten Industrien anscheinend an Lebhaftigkeit zugenommen hat.

Allerdings kommt diesmal die Tatsache, daß die große Leipziger Messe eigentlich eine Neuheitenschau ist, um so stärker zum Ausdruck, als jeder Einkäufer vorwiegend nach preiswerten Neuheiten sucht. Man hört vielfach schon von größeren Bestellungen, die die regelmäßig kommende Auslandskundschaft, besonders aus Nordeuropa, bei ihren gewohnten Lieferanten gemacht hat. So hat England schon recht gute Aufträge auf Qualitätsspielwaren erteilt. Gut besucht ist die Reklame- und Verpackungsmesse, die ebenfalls schon Auslandsaufträge buchen kann. Die neuen, wieder bunter gewordenen Muster der Porzellanfabriken finden guten Anklang. Dadurch infolge der Hochschutzzölle die amerikanische Kundschaft viel weniger kaufkräftig für europäische Waren geworden ist als bisher, merken auch die Länder, die, wie Italien, mit ihren Kollektivausstellungen in Leipzig die Auslandskundschaft suchen.

Der Besuch der Frühjahrsmesse durch die Vertreter der großen ausländischen Einkaufskonzerne trägt sicherlich zur Belebung der Messe bei. Einige in ihrer Produktion stark überlastete Randindustrien haben leider weniger Erfolg. Nur der Technischen Messe finden die Neuheiten in der Fernmelde-Technik viel Interesse bei den Ausländern, das auch wohl zu Aufträgen führen dürfte.

Durch die ganze Messe geht ein einheitlicher Zug, nicht nur einmalige Geschäfte zu machen, sondern sich wieder eine solide zahlungswillige Kundschaft zu schaffen und auf dieser Grundlage auch wieder die Kreditverhältnisse zu festigen.

Neuer Postraub in Oberschlesien.

Rosenberg, 4. März.

Das Rosenberger Postauto wurde auf der Heimfahrt von Schirokau überfallen und ausgeraubt. Der Ueberfall war gut vorbereitet. In Schirokau stieg ein gutgekleideter Mann in das Auto und setzte sich neben den Wagenführer. In Schoffschütz stieg eine zweite Person dazu.

Bald darauf zwangen die beiden Fahrgäste mit vorgehaltenem Revolver den Wagenführer, mit dem Auto in den nahen Wald zu fahren. Im Walde standen zwei weitere Männer, die mit einer Taschenlampe ein Signal gaben. Während der Postbeamte mit der Pistole im Schach gehalten wurde, öffneten die Räuber den Wagen und raubten neunzehn Postbeutel von vier Agenturen und fünfzehn Poststellen, um dann zu verschwinden.

Die Polizei, die sofort von dem Ueberfall verständigt wurde, nahm die Verfolgung der Räuber auf. Die Höhe des geraubten Betrages steht noch nicht fest, es dürfte sich jedoch um eine bedeutende Summe handeln.

De Wendel †.

Paris, 4. März. In dem Schloß Orfraisière in der Touraine starb der lothringische Industrielle Charles de Wendel, der bis 1912 dem deutschen Reichstag als lothringischer Abgeordneter angehörte, war in den letzten Jahren einer der schärfsten Vertreter der französischen Saarthese.

Warum wir in Farben sprechen.

Was heißt, wir sprechen in Farben? Wir bezeichnen Dinge, Ereignisse, Charaktere, Stimmungen, indem wir uns dabei der Farbenbezeichnungen bedienen. Wir sagen zum Beispiel: „Er hat sich blau geärgert" — und meinen damit, daß der Betreffende so zornig ist, daß ihm die Adern blau anschwollen. Der Sammelbegriff aller Farbe ist „bunt", ein Sammelsurium von Farben nennen wir bunt. Wenn wir also sagen: „Jetzt wird's mir zu bunt!", dann soll das wohl entweder heißen, daß sich unsere Erregungsexponenten aus allen Farben zusammensetzen, es kann aber auch gemeint sein, daß wir im Moment das Gefühl haben, als drehe sich ein Farbenspiel vor unseren Augen. Man sagt: „Du siehst zu schwarz", und will damit sagen, daß der Betreffende etwas Kommendes ebenso finster und dunkel sieht, wie die Farbe schwarz ist. Das Auge ist also der Mittler aller unserer Vergleiche, die wir zwischen Natur und Farbe einerseits und der Beurteilung einer Angelegenheit andererseits ziehen.

Wir haben für bestimmte Farben auch bestimmte Bedeutungen und Erklärungen. „Grün ist die Hoffnung!" Das heißt, wenn es grünt, wenn das junge Grün sprießt, kann man wieder Hoffnung auf besseres Wetter und neuen Lebensmut haben! Wenn man jemanden schilt: „Du bist mir noch zu grün!" — so meint man damit so jung, wie die junge grünende Natur ist. „Gelb ist der Neid". Einem Menschen, der neidisch ist, springt diese Eigenschaft äußerlich wahrnehmbar aus den Augen heraus, sein Gesicht verfärbt sich auch mitunter, weil ja mit Neid Aerger verbunden ist. „Rot ist die Liebe!"

All diese Beispiele aber werden sicherlich davon überzeugt haben,, daß der Mensch seine Vergleiche auf Dinge bezieht, die das Auge wahrgenommen hat, vorwiegend also aus der Natur, denn unsere Farben sind ja auch selbstverständlich erst der Natur entlehnt!

Wiese.

Leipziger Börse vom 3. März. Bei wenig veränderter Geschäftslage waren die Kurse überwiegend mit kleinen Gewinnen gebessert. Der Anlagemarkt tendierte fest. Freiverkehr kaum verändert.

Leipziger Produktenbörse vom 3. März. Weizen 76—77 kg 294—298; Weizen 73—74 kg 287—291; Roggen 70—71 kg 174—180; Sommergerste (Brauware) 205—230; Futter- und Industriegerste 194—204; Wintergerste 194—204. Hafer 165—175; Mais La Plata 270—275; Mais Donau 265—270; Mais cinquentin 295—300. Viktoriaerbsen 195—215; Weizenkleie 10,75—11,75; Roggenkleie 10—10,5; Weizenmehl 45,25—48,25; Roggenmehl 28—29.

Beschluß.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmannes Willy Bachrodt in Nebra a. U. wird an Stelle des verstorbenen Justizobersekretärs i. R. Richard Nagel in Querfurt der Amtsgerichtssekretär i. R. **Friedrich Poppe in Wiehe** (Unstrutthal) zum **Konkursverwalter** ernannt.

Nebra a. U., den 2. März 1931. **Das Amtsgericht.**

Gemischter Chor Rossleben

Freitag, den 6. März, 1/2 9 Uhr abends im Saale des „Goldenen Hirsch"

Auf vielseitigen Wunsch Wiederholung der Aufführung des Volksliederspiels:

Im Maien

Eintrittspreis 50 Pfg.

Karten im Vorverkauf in Sauer's Buchhandlung.

Nach dem Spiel: **Tanzkränzchen**

Gasthof Groß-Wangen • Voranzeige

Sonntag, den 15. März

Großes Preis-Skaten

Soeben erschien:

Das schöne März-Heft

DAS MAGAZIN

Preis 1 RM.

DAS MAGAZIN
DR. EYSLER & CO.
Verlag G.m.b.H., Berlin SW68

Neu erschienen:

Das führende BAND 16 Schlager-Album

Zum 5 Uhr-Tee

Inhaltsverzeichnis:

1. **Liebling, mein Herz läßt dich grüßen** Slow-Fox
2. **Erst kommt ein großes Fragezeichen** Foxtrot beide aus der Tonfilm-Operette „**Die Drei von der Tankstelle**". Robert Gilbert / Werner R. Heymann.
3. **Oh, Fräulein Grete!** Tangolied. Beda / Juan Llossas.
4. **Liebste glaub an mich,** Lied } a.d. Op. **Schön ist die Welt.**
5. **Ich bin verliebt,** Valse Boston } L. Herzer u. F. Löhner/Lehár
6. **Das Mädchen am Bodensee** Walzerlied. Traugott Schütz und Karl Wilczynski / P. Mueller.
7. **Wenn Du mal in Hawaii bist** Tango. Willi Rosen und Kurt Schwabach / Willy Rosen
8. **Trink mit mir auf Du und Du (Stein Song)** Marschlied und One Step. Jos. Freudenthal / E. A. Feinstad.
9. **Schenk mir eine Tafel Schokolade** Tangolied. Fr. Schwarz und Roderich Lander.
10. **Singen leis die Geigen . . .** Tangolied. } a.d. Italia-Ton-
11. **Wir Kameraden der Berge** Marschlied. } film „**Der Sohn der weißen Berge**". Willi Rosen u. Marcel Lion / Giuseppe Becce
12. **Der Soldat ist treu,** . . . . . Marschlied } a d. Allianz-Ton-
13. **Warum bist Du so traurig?** Lied/Tango } film „**Drei Tage Mittelarrest**" Charles Amberg / Artur Guttmann u. Nico Dostal
14. **Am schönen Titicacasee** Lied/Foxtr. F. Rotter u. W. Jurmann
15. **Die bessern ältern Herren sind richtig!** Foxtrot Charles Amberg u. Willy Rosen / Fred Raymond u. Will Meisel
16. **Weil ich Dich so lieb hab (Exactly like you)** Lied und Slow-Fox. Beda / Jimmy Mc Hugh
17. **Ein bißchen Puder, ein bißchen Schminke** Tango Friedr. Schwarz und Willy Rosen / Dr. Eberler und Will Meisel
18. **Zuerst ein Schnäpschen (Tänzchen)** Tango. Friedrich Schwarz und Jerry Wiga / Jerry Wiga
19. **Wissen Sie, daß Ungarisch sehr schwer ist?** Lied und Foxtrot. Charles Amberg, Friedr. Schwarz und Joe Hajós.
20. **Das macht uns keiner nach!** Marsch und Lied. Hermann Frey / Willy Rosen.

Nur RM. 4.— statt einzeln bezogen für ca. RM. 36.—

Nur RM. 4.—

20 Tonfilm-, Operetten- und Tanz-Schlager

20 d. z. Zt. beliebtest. Tonfilm-, Operetten- u. Tanz-Schlager für Klavier mit vollständigen Texten! Ungekürzte Original-Ausgab. 20

Pracht-Ausstattung! | Künstlerisch. Mehrfarbentitel

Die früher erschienenen Bände seien in empfehlende Erinnerung gebracht.

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder durch den VERLAG ANTON J. BENJAMIN, A.-G., LEIPZIG C1, TÄUBCHENWEG 20.

Balkan-Bohnerwachs, Farb-Bohnerwachs, Flüssiges Bohnerwachs, Moy-Politur, schwarze Schuhcreme, alles pro Pfund brutto für netto 95 Pfg. in Eimer und Kannen von 5, 10, 20 und 40 Pfund. Versand per Nachnahme. Postadresse: **Balkanwachs in Wolfenbüttel** b. Braunschweig, Postfach 22. Lieferung nur an Verbraucher direkt!

Drucksachen

für Handel Gewerbe und Industrie fertigt an

Buchdruckerei W. Sauer

Treue Freunde

sind Westermanns Monatshefte jedem Gebildeten, jedem, der einmal Besitzer dieser schönsten, in Inhalt und Ausstattung von keiner Seite übertroffenen Monatsschrift geworden ist. Wer Sinn für kulturelle Werte hat, der greife zu den aufgezeichneten Heften. Gute Romane und Novellen namhafter Verfasser geben zusammen mit den bunt und einfarbig bebilderten Aufsätzen mannigfache Unterhaltung und Anregung. Jedes Heft kostet 2 Mark. Als ein Bestandteil der Hefte wird ein Atlas in monatl. Teillieferungen geboten.

Ein Probeheft von Westermanns Monatsheften wird Ihnen bei Einsendung von 30 Pf. für Porto durch den Verlag Georg Westermann, Braunschweig, ohne irgendeine Verpflichtung für Sie zugesandt. ?

Name: _____

Beruf: _____

Adresse: _____

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310305-17/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 28 — Donnerstag, den 5. März 1931. — 44. Jahrgang

Noch keine Klärung

Verhandlungen mit den Sozialdemokraten gehen weiter

Berlin, 4. März.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt am Dienstagabend eine Sitzung ab, in der Dr. Breitscheid über die Verhandlungen der Parteiführer mit Reichskanzler Dr. Brüning berichtete. Die Fraktion ermächtigte ihre Beauftragten, die Verhandlungen fortzusetzen, die noch einige Tage in Anspruch nehmen dürften.

Im Reichstag gingen gestern die Verhandlungen über die seit vorgestern etwas zugespitzte parlamentarische Lage weiter. Dabei drehte es sich allerdings nicht um den Gefrierfleischantrag, dem man eigentlich in politischen Kreisen keine außergewöhnliche Bedeutung beimißt, da die 50 000 Tonnen nur etwa ein Prozent des Gesamtkonsums ausmachen.

Der Kernpunkt der Meinungsverschiedenheit zwischen Sozialdemokraten und Reichsregierung ist weiter das umstrittene Panzerschiff B. Der Reichskanzler hat gestern abend erneut mit den sozialdemokratischen Führern verhandelt. Er hatte außerdem eine Aussprache mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun und schließlich hat auch noch eine mehr private Fühlungnahme zwischen einzelnen Persönlichkeiten des Zentrums und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattgefunden.

Bisher ist es bei allen diesen Besprechungen aber noch nicht gelungen, zu einer Verständigung zu gelangen. Die Sozialdemokraten lehnen die Rate für das Panzerschiff B zwar nicht mehr unumwunden ab, da der Kanzler ihnen erklärt hat, daß er unter keinen Umständen darauf verzichten könne, weil sogar schon das Kabinett Müller vor einem Jahr beschlossen habe, daß die Rate in den Etat für 1931 eingesetzt werden solle. Die Stellung des Reichswehrministers würde von der Nichteinlösung dieses Versprechens nicht unberührt bleiben können und das Kabinett müsse deshalb an seinem Standpunkt festhalten.

Die Gegenforderungen, die die Sozialdemokraten darauf gestellt haben, sehen im Augenblick aber noch so aus, daß das Kabinett außerstande ist, sie zu akzeptieren. Sie beziehen sich auf Steuerzuschläge für größere Einkommen und Vermögen entsprechend den sozialdemokratischen Ausschußanträgen, ferner auf die Einstellung der Lohnabbaupolitik und drittens auf eine Erklärung, daß an dem gegenwärtigen Stand des Sozialversicherungswesens — also auch der Arbeitslosenversicherung — unter keinen Umständen etwas geändert wird. Solche Erklärung glaubt der Reichskanzler aber schon aus rein psychologischen Gründen, die mit der Wiederingangsetzung der Wirtschaft zusammenhängen, nicht abgeben zu können.

Curtius' Ankunft in Wien.

Wien, 4. März.

Reichsaußenminister Dr. Curtius traf in Begleitung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Dr. Pünder und der übrigen Herren der reichsdeutschen Abordnung zu einem dreitägigen Besuch in Wien ein. Der österreichische Legationsrat Seemann, der den reichsdeutschen Gästen während des Besuches zugeteilt ist, war ihnen bis an die Grenze entgegengefahren. Mit demselben Zuge kam auch der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, an.

Zur Begrüßung auf dem Westbahnhof hatten sich Vizekanzler und Außenminister Dr. Schober und eine Menge hoher Staatsfunktionäre eingefunden. Ferner waren zum Empfang der deutsche Gesandte in Wien, Graf Lerchenfeld, und der Gesandtschaftsrat Dr. Schellhorn erschienen. Auch der gegenwärtig in Wien weilende finnische Gesandte in Berlin, Wuolijzki, hatte sich auf dem Bahnhof eingefunden.

Als Dr. Curtius und Staatssekretär Pünder den Wagen verließen, begrüßte sie Vizekanzler Schober für die

…enminister und
…eutschen Gesandt-
… 11.30 Uhr stat-
…undeskanzler Dr.
…esuch beim Vize-
…anschloß. Schon
…ungen statt. Um
…n reichsdeutschen

…Blätter.

…rüßungsartikel für
…nen, daß die Wie-
…es empfange, wie

…egrüße Wien und
…auswärtigen Staa-
…betrete der Abge-
…emeinsam erlebtes
…er Gegenwart und
…allu fernen Zukunft
…en deutschen Repu-
…mme.

…hebt vor allem
…ten Jahre auf dem
…t wiedergutgemacht
…em der Besuch des

…ungen.

…Bemühungen um
…ritischem Gebiet

zwischen Deutschland und Oesterreich in Gang gesetzt und weit gefördert werden konnten, so schwierig ist es bei allem guten beiderseitigem Willen, eine solche Angleichung auch auf wirtschaftlichem Gebiet in die Wege zu leiten und praktisch auszugestalten.

Es ist deshalb verständlich, daß sich mit der Reise des Reichsaußenministers Dr. Curtius nach Wien der Wunsch verknüpft, daß die aus diesem Anlaß vorgesehenen Besprechungen und die Verhandlungen, die sie nach sich ziehen werden, Schwierigkeiten überwinden möchten, die sich heute aus der tatsächlichen Notlage der Wirtschaften beider Länder ergeben und immer wieder zu Reibungen und Gegensätzlichkeiten führen, die so wenig mit irgendeinem bösen Willen auf beiden Seiten zu tun haben.

Alle offiziellen Bemühungen um eine wirtschaftliche Union stoßen immer wieder auf diese Widerstände der Tagesnotwendigkeiten, und wenn es auch auf verschiedenen Gebieten der privaten Initiative der Wirtschaftsführer hüben und drüben gelungen ist, Schranken einzureißen und Ausgleiche zu schaffen, so führen diese täglichen Notwendigkeiten doch immer wieder zur Schaffung neuer Mauern und zur Gefährdung wirtschaftlicher Verbindungen.

Die unlängst verabschiedete vierte Novelle zu dem österreichischen Zolltarif hat in dieser Beziehung eine ganze Reihe von Erschwernissen und Spannungen geschaffen, und schon sind in Wien die Vorbereitungen zu einer weiteren, fünften Zolltarifnovelle im Gang, die abermals auf verschiedenen Gebieten beträchtliche Erhöhungen der Zollsätze bringen soll. Zwar werden nicht alle Wünsche, die in dieser Vorlage ihren Ausdruck finden, sich verwirklichen lassen, denn Oesterreich ist durch seine Handelsverträge vielseitig gebunden und an der willkürlichen Heraufsetzung seiner Zölle gehindert. Auf einer Reihe von Gebieten, die gerade für die deutsche Wirtschaft wichtig sind und in dem Austausch der beiden Länder eine besondere Rolle spielen, bestehen solche Hemmungen aber nicht, und so droht, um nur ein Beispiel zu nennen, für sehr wesentliche Zweige der deutschen Metallindustrie aus dieser neuen österreichischen Zolltarifnovelle eine Belastung, der man mit ernsten Bedenken entgegensieht.

Aufgabe der Wiener Verhandlungen wird es sein, zunächst hier vorzubeugen und durch deutsche Gegenangebote einen Ausgleich anzustreben, der für Oesterreich annehmbar und für Deutschland tragbar ist.

Das setzt voraus, daß gewisse deutsche Wirtschaftsgruppen im Interesse der anderen zu Konzessionen bereit sind, namentlich die Landwirtschaft und die Holzwirtschaft, aber auch die Elektroindustrie und andere große verarbeitende Industrien. Der gute Wille, daran ist kein Zweifel, besteht auf beiden Seiten, dafür bürgt schon die Schicksalsverbundenheit der beiden Völker, denen die politische Vereinigung verwehrt ist, die aber gerade deshalb mit um so größerem Nachdruck und um so stärkerer Bereitwilligkeit ihre kulturelle und wirtschaftliche Verbundenheit betätigen müssen und wollen. Deshalb ist zu wünschen, daß nach dem Beispiel der juristischen Angleichung auch die wirtschaftliche auf gedeihliche Bahnen geführt wird, die ihr Ziel in der Erreichung einer Zollunion zwischen den beiden Ländern sieht.

In Preußen:

Senkung der Hauszinssteuer.

Berlin, 3. März.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags erledigte in der Einzelberatung das Verlängerungsgesetz für die Hauszinssteuer, das vor allem einen Ausgleich bringen soll für die höheren Zinsen, die der Hausbesitzer vom 1. Januar 1932 an für Aufwertungshypotheken zu zahlen hat.

Unter Ablehnung weiterer Anträge fand Annahme die von den Regierungsparteien vorgeschlagene Regelung, wonach eine staffelweise eintretende Steuersenkung erfolgen soll, um die Mehrbelastung des Hausbesitzes auszugleichen.

Auf den Einwand, daß der Antrag der Regierungsparteien technische Schwierigkeiten verursachen werde, erklärte Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff, daß es sich nicht um eine neue Veranlagung, sondern um eine rechnerische Festsetzung des Steuerbetrages handele. Da der endgültige Hauszinssteuerbetrag noch errechnet werden müsse, werde zunächst der veranlagte Hauszinssteuerbetrag entsprechend den Vorschriften der Reichsnotverordnung ab 1. April 1931 um 3 v. H. gesenkt.

Absage an Schiele.

Eine Rede Kalckreuths.

Elmshorn, 4. März.

Auf der Generalversammlung der Kreisbauernschaft Pinneberg sprach der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalckreuth, über die agrarpolitische Lage. Er führte u. a. aus: Nach Bekanntwerden der neuen Agrarpläne der Reichsregierung seien Ereignisse eingetreten, die geeignet sind, die Bedenken der Landwirtschaft über die wirksame Durchführung der beabsichtigten Agrarmaßnahmen noch zu verstärken. Das dem Reichskanzler zugeschriebene Junctim aber verschiebe diesen Zusammenhang völlig. Inzwischen sei ein amtliches Dementi erfolgt, doch sei es so allgemein gehalten, daß es als nicht ausreichend bezeichnet werden müsse. Aus der ganzen Sachlage ergebe sich auch die Stellung des Reichslandbundes zu der ihm vom Reichsernährungsminister Schiele angetragenen Vermittlungsaktion gegenüber der Deutschnationalen Volkspartei und den Nationalsozialisten.

Es gehe aber nicht an, daß die Reichsregierung, wenn Schwierigkeiten aus den Reihen ihrer Anhänger auftauchen, die Opposition zu Hilfe rufe, ohne ihrerseits der Opposition den auch vom Reichslandbund geforderten Einfluß einzuräumen.

Wenn Reichsernährungsminister Schiele in seinem zweiten Briefe an den Redner hauptsächlich darauf hinweisen zu müssen glaubte, daß eine Handhabung des Artikels 48 nicht nötig sei, so gehe diese Beweisführung an dem Kern der politischen Situation vorüber. Eine zum durchgreifenden Handeln entschlossene Reichsregierung habe auch, ganz abgesehen von dem Notstandsparagraphen, gegenüber den eigenen Parteien, wie in diesem Falle Zentrum und Staatspartei, genügend Druckmittel in der Hand, die, energisch angewandt, ein solches Ausbrechentanzen verhindern könnten. Darüber hinaus machte aber auch die Defensivstellung der Sozialdemokratie in Preußen dieser eine nachhaltige Opposition im Reichstag unmöglich in dem Augenblick, wo sie die Gewißheit habe, daß sie diese Opposition die Vormachtstellung in Preußen koste.

Die Wahlen in Braunschweig.

Ruhiger Verlauf bei 89 Prozent Beteiligung.

Braunschweig, 3. März.

Nach Wochen der schärfsten Agitation von allen Seiten, die Stadt und Land Braunschweig in einen Zustand starker politischer Spannungen versetzten, ist der Wahlsonntag vorüber. Die Bedeutung des Ausganges dieser Kommunalwahlen als Symptom für die politische Entwicklung überhaupt erkennend, sind die Parteien in ihren Wahlversammlungen mit ihren bekanntesten Vertretern aufgetreten. So sprachen hier Dr. Hugenberg, Seldte, Hitler, Göring, Dr. Frick, Döbrich, Dingeldey, Mahraun, Dr. Dietrich, Severing und am Vorabend der Wahl noch Thälmann.

Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig ist folgendes: Sozialdemokraten 37 672, Nationalsozialisten 27 040, Kommunisten 12 236, Deutsche Staatspartei 1427, Reichspartei der Nationalen Mitte 154, Mittelstandsliste 6200, Deutschnationale 4471, Nationale Einheitsliste 7924. — Bei der letzten Reichstagswahl 1930 erhielten Sozialdemokraten 41 821, Nationalsozialisten 25 252, Kommunisten 8828, Deutsche Staatspartei 2968, Deutschnationale 4999. Die Sitze verteilen sich wie folgt: 14 Sozialdemokraten, 10 Nationalsozialisten, 4 Kommunisten, zusammen 7 Sitze der Mittelstandsliste (Deutschnationale Volkspartei und Nationale Einheitsliste). Das Stärkeverhältnis ist also 18 Linke zu 17 Rechten. Wahlbeteiligung 84 Prozent.

Die politischen Schlußfolgerungen aus den braunschweigischen Kommunalwahlen sind schwer zu ziehen, da die Ergebnisse der Wahl vom 1. März weder mit den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 noch mit den Landtagswahlen vom gleichen Tage ohne weiteres verglichen werden können. Bei der Wahl zum Reichstag wurden im September rund 317 000 Stimmen (zum Landtag 307 000 Stimmen) abgegeben, während diesmal nur rund 283 000 Stimmen, also 34 000 Stimmen weniger, abgegeben wurden. Dies ist darauf zurückzuführen, daß in 180 von 447 Gemeinden Einheitslisten für die Gemeindewahlen aufgestellt waren. Das hat also zur Folge gehabt, daß rund 11 Prozent weniger Stimmen abgegeben wurden als zur Reichstagswahl. Welchen Parteien diese 34 000 Stimmen aus den kleinen Gemeinden zugute gekommen wären, ist sehr schwer zu sagen. Ein Vergleich mit den Reichstagswahlen ergibt nach den vorläufigen Ergebnissen folgendes Bild:

Parteien:	Kommunalwahlen 1. 3. 1931	Reichstagswahlen 14. 9. 1930
Sozialdemokraten	113 210	126 903
Nationalsozialisten	84 611	83 492
Bürgerliche	61 157	82 400
Kommunisten	26 232	21 314

Da die SPD. in den kleinen Gemeinden nicht sehr stark vertreten ist, muß man annehmen, daß von den 34 000 weniger abgegebenen Stimmen der größte Teil auf die bürgerlichen Parteien und die Nationalsozialisten entfallen würde. Man dürfte hiernach also annehmen, daß die bürgerlichen Parteien und die SPD. leicht verloren haben, während Nationalsozialisten und Kommunisten leicht gewonnen haben dürften. Sehr groß dürften aber die Verschiebungen gegenüber der Reichstagswahl nicht sein. Dieses Urteil wird auch durch die in der Stadt Braunschweig und in den Kreisen erzielten Mandatsziffern bestätigt.

Der neue Strafvollzug.

Dr. Schmidt vor dem Preußischen Landtag.

Berlin, 4. März.

Im Preußischen Landtag äußerte sich der Justizminister Dr. Schmidt über Fragen des Strafvollzuges. Der neue Strafvollzug in Stufen sei in vollem Umfange erst im Kammergerichtsbezirk eingeführt worden. Auf Grund der bisherigen günstigen Erfahrungen werde seine Anwendung auch in anderen Bezirken angestrebt.

Die Ueberschätzung der Erleichterungen des neuen Systems habe in der Oeffentlichkeit zu der Ansicht geführt, daß den Gefangenen das Leben in der Strafanstalt allzu angenehm gemacht werde. Demgegenüber sei darauf hinzuweisen, daß von den rund 30 000 Gefangenen in den preußischen Strafanstalten etwa 20 000 weniger als neun Monate Strafe zu verbüßen hätten und infolgedessen von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219310305-17/fragment/page=0005